

Zur Forderung nach einer harten Eigenkapitalquote für Banken

8. Mai 2013

Katharina Beck, Sprecherin der Grünen BAG Wirtschaft und Finanzen

Christian Kopf, Grüne LAG Wirtschaft und Finanzen Hessen

Max Löffler, Sprecher der Grünen BAG Wirtschaft und Finanzen

Udo Philipp, Grüne LAG Wirtschaft und Finanzen Bayern

Dieses Hintergrundpapier legt Argumente für die Einführung von Eigenkapitalanforderungen in Höhe von mittelfristig 6% und langfristig 10% der ungewichteten Bilanzsumme vor.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Wirtschaft und Finanzen hat über mehrere Monate hinweg ein Positionspapier mit Grünen Forderungen zur Reform des Finanzsystems erarbeitet, das Anfang Februar 2013 auf der BAG-Sitzung in Berlin verabschiedet wurde („[Die Finanzmärkte in die Schranken weisen!](#)“). Einer der Kernpunkte dieses Papiers ist die Forderung nach einer deutlichen Erhöhung der Eigenkapitalausstattung deutscher Banken. Nach ausführlicher Beratung und Diskussion haben wir uns in der BAG auf die folgende Forderung geeinigt:

„Wir fordern die Einführung einer Schuldenbremse für Banken. Das heißt wir wollen eine ungewichtete Eigenkapitalquote von Banken einführen – das heißt es gibt nicht mehr die Möglichkeit diesen Wert durch Risikomodelle klein zu rechnen. Unser Ziel ist, dass Banken bilanzielles Eigenkapital in Höhe von 6 Prozent ihrer Bilanzsumme vorhalten müssen. Dieser Zielwert soll über mehrere Zwischenschritte bis 2020 erreicht werden. Langfristig halten wir eine ungewichtete Eigenkapitalquote von 10 Prozent für sinnvoll. Parallel wollen wir eine risikogewichtete Eigenkapitalquote von 20%. Ab einer noch festzulegenden Größe erhöht sich die minimale Eigenkapitalquote, um dem „Too big to fail“-Syndrom vorzubeugen – d.h. je größer die Bank, desto größer die Eigenkapitalanforderung.“

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin wurde am 26. April 2013 folgende Zielsetzung in das Wahlprogramm 2013 der Grünen aufgenommen:

„Banken dürfen sich nicht mehr über unrealistische Risikogewichtungen ihren Eigenkapitalbedarf kleinrechnen. Als ersten Schritt wollen wir bis spätestens 2017 3% Eigenkapital im Verhältnis zur risikoungewichteten Bilanzsumme als Schuldenobergrenze festsetzen. Langfristig ist eine deutlich höhere Quote notwendig. Der wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums etwa spricht sich für eine Quote von 10 % aus. In der akademischen Diskussion sind auch noch höhere Quoten im Gespräch. Wir werden genau prüfen, was hier notwendig und möglich und in welchem Zeitraum machbar ist. Diese Schuldenbremse wird das Finanzsystem deutlich stabilisieren.“ ([Bundestagswahlprogramm 2013, Kapitel C, S. 9](#))

Wir begrüßen den Beschluss der BDK ausdrücklich, insbesondere in Bezug auf eine europäische Lösung. In diesem Hintergrundpapier wollen wir in Form von Fragen und Antworten erläutern, warum eine harte Eigenkapitalquote enorm wichtig ist – aber auch, weshalb Eigenkapital in Höhe von 3 % der Bilanzsumme nur ein erster Schritt hin zu einem robusten Bankensystem sein kann. Damit bieten wir auch argumentative Unterstützung für die Forderung nach einer Schuldenbremse für Banken in den anstehenden Wahlkämpfen.

Warum sollen Banken Eigenkapital halten?

Banken vergeben Kredite und investieren in Wertpapiere. Sie finanzieren diese Investitionen vor allem dadurch, dass sie Kundeneinlagen aufnehmen und Anleihen begeben. Wenn Banken aufgrund von Fehlentscheidungen oder in Folge einer Rezession Verluste auf ihre Kredite und Investitionen erleiden, dann brauchen sie Eigenkapital, um diese Verluste zu absorbieren – ansonsten wird die öffentliche Hand einspringen müssen (wie bei der deutschen Hypo Real Estate) oder die Gläubiger und Bankkunden werden Verluste auf ihre Anleihen und Einlagen erleiden (wie vor kurzem in Zypern). Das wollen wir soweit wie möglich verhindern. Die Finanzmärkte müssen endlich wieder stabil werden.

Höheres Eigenkapital wird in der wissenschaftlichen Literatur zur Bankenregulierung regelmäßig als wichtige Maßnahme zur Stabilisierung des Finanzsektors angeführt, so z.B. von Martin Hellwig vom Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern ([Admati und Hellwig, 2013](#)). Eigenkapital ist der einzige Puffer zum Abfedern der Verluste von Banken und zu geringes Eigenkapital setzt den Aktionären und Managern Anreize zu einer hoch riskanten Geschäftspolitik.

Wie viel Eigenkapital müssen Banken halten?

Die neue EU-Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen (CRD IV), auf die sich am 20. März 2013 Europaparlament, Europäische Kommission und Europäischer Rat geeinigt haben, sieht vor, dass Banken ab den 1. Januar 2019 Eigenkapital in Höhe von mindestens 10,5% der risikogewichteten Aktiva vorhalten müssen.

Was ist das Problem mit den gegenwärtigen Eigenkapitalanforderungen?

Das Problem ist, dass Banken über den trickreichen Einsatz von Risikogewichten die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen aufweichen. Dies lässt sich gut am Beispiel der Deutschen Bank aufzeigen.

In ihrem Geschäftsbericht weist die Deutsche Bank ihr Eigenkapital gemessen an den risikogewichteten Aktiva aus. Dazu werden die tatsächlichen Aktiva von 2.012 Mrd. Euro durch die Verwendung niedriger Gewichte auf 334 Mrd. Euro risikogewichtete Aktiva herunter rechnet. Gleichzeitig wird das bilanzielle Eigenkapital von 54 Mrd. Euro in aufsichtsrechtliches Kapital von 57 Mrd. Euro verwandelt. Im Ergebnis weist die Deutsche Bank eine Eigenkapitalquote von 17,1% der risikogewichteten Aktiva aus (57 Mrd. aufsichtsrechtliches Kapital geteilt durch 334 Mrd. risikogewichtete Aktiva).

Bilanz der Deutsche Bank AG per 31. 12. 2012 (in Mrd. Euro)			
Kredite	397	Kundeneinlagen	577
Wertpapiere und kurzfristige Investitionen	1.250	Sonstige Verbindlichkeiten	1.381
Andere Aktiva	365	Bilanzielles Eigenkapital	54
Summe der Aktiva	2.012	Summe der Passiva	2.012

Quelle: [Geschäftsbericht 2012 der Deutsche Bank AG](#) (hier verfügbar)

Die Bilanzzahlen oben zeigen jedoch, dass die Deutsche Bank tatsächlich nur Eigenkapital in Höhe von 2,7% der ungewichteten Aktiva vorhält (54 Mrd. Euro bilanzielles Eigenkapital geteilt durch Aktiva in Höhe von 2.012 Mrd. Euro).

Im Ergebnis stehen der Bank kaum Eigenmittel zur Verfügung, um eventuelle Verluste auf ihr Kreditportefeuille oder ihre Wertpapierinvestitionen zu absorbieren. Im Krisenfall müsste sie von der öffentlichen Hand stabilisiert werden, was den SteuerzahlerInnen in Deutschland teuer zu stehen käme.

Diesem Spiel wollen wir ein Ende setzen, indem wir es zur verbindlichen Regel machen, dass alle Banken in Deutschland Eigenkapital von mindestens 6% ihrer ungewichteten Aktiva vorhalten müssen.

Wie viel Eigenkapital halten deutsche Banken derzeit?

Im internationalen Vergleich halten große deutsche Banken außerordentlich wenig Eigenkapital. Die Deutsche Bank hält derzeit den traurigen Negativrekord der am schlechtesten kapitalisierten Großbank in Europa. Die Landesbank Baden-Württemberg und die DZ Bank kommen auf den vorletzten und den drittletzten Platz in der Aufstellung des [Liikanen-Berichts](#) (Seite 47). Andere deutsche Banken stehen jedoch besser da.

Die Eigenkapitalquoten der deutschen Bankengruppen lassen sich aus dem Bericht zur Ertragslage der deutschen Kreditinstitute ableiten, den die Bundesbank jährlich veröffentlicht. Per Dezember 2011 verfügten deutsche Banken im

Aggregat über eine Bilanzsumme von 8.969 Mrd. Euro und über bilanzielles Eigenkapital von 365 Mrd. Euro. Die ungewichtete Eigenkapitalquote des deutschen Banksystems lag also im Durchschnitt bei 4,1%. Allerdings bestehen große Unterschiede zwischen den verschiedenen Bankengruppen. Die Eigenkapitalquote der Sparkassen betrug 5,7% der ungewichteten Aktiva und die der Genossenschaftsbanken lag bei 6,0% – die Privatbanken hingegen kamen im Schnitt nur auf eine Eigenkapitalquote von 3,2%.

Die Tabelle unten gibt einen Überblick.

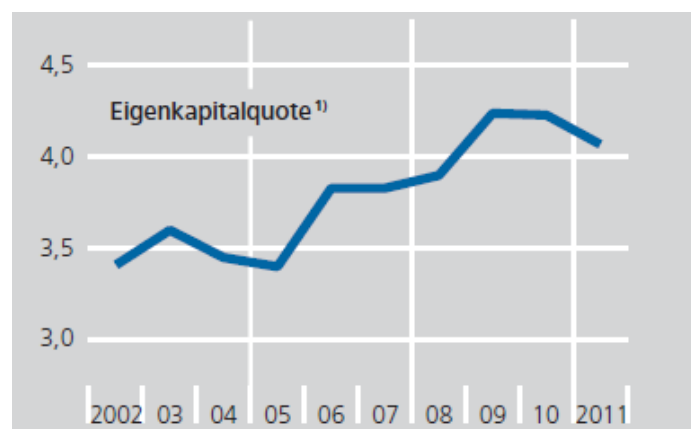
In Mrd. Euro Per 31. 12. 2011	Bilanzsumme	Bilanzielles Eigenkapital	Ungewichtete Eigenkapitalquote
Alle Bankengruppen	8.969	365	4,1%
Kreditbanken	3.826	123	3,2%
Großbanken	3.010	78	2,6%
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	779	41	5,3%
Zweigstellen ausländischer Banken	37	3	7,7%
Landesbanken	1.505	60	4,0%
Sparkassen	1.079	61	5,7%
Genossenschaftliche Zentralbanken	276	12	4,3%
Kreditgenossenschaften	711	43	6,0%
Realkreditinstitute	645	18	2,8%
Banken mit Sonderaufgaben	927	48	5,2%

Quelle: Berechnung von Christian Kopf auf Grundlage von Daten der Bundesbank

Die meisten deutschen Banken erreichen also heute schon eine ungewichtete Eigenkapitalquote von über 3%. Gerade die Großbanken, die im Zweifel nicht nur „too big to fail“, sondern ob ihrer schieren Größe auch „too big to save“ sein könnten, stehen jedoch besonders schlecht da. Zunächst muss daher wirklich jede einzelne Bank die Eigenkapitalquote von 3% erfüllt. Aber diese 3% sind zu niedrig und können nur der erste Schritt hin zu robusteren Banken sein.

Wie haben sich die Eigenkapitalquoten deutscher Banken im Zeitverlauf entwickelt?

In den vergangenen Jahren haben die deutschen Banken ihre durchschnittliche Eigenkapitalquote leicht erhöht, von 3,4% der ungewichteten Aktiva im Jahr 2002 auf 4,1% im Jahr 2011.



Quelle: Deutsche Bundesbank, [Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2011](#)

Die privaten Großbanken weisen allerdings Eigenkapitalquoten auf, die in der Regel unter diesen Durchschnittswerten liegen. So hatte die Deutsche Bank im Jahr 2008 eine ungewichtete Eigenkapitalquote von lediglich 1,4% und hat diese bislang auch erst auf 2,7% erhöht. Siehe dazu die folgende Tabelle.

	Eigenkapital in % der ungewichteten Aktiva						
	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutsche Bank	2,91	1,83	1,39	2,44	2,56	2,47	2,68
Commerzbank	2,34	2,46	3,08	3,08	3,70	3,64	4,11

Quelle: finanzen.net (verfügbar [hier](#) und [hier](#))

Wie können die Banken eine Eigenkapitalquote von 6% erreichen?

Wie die Tabelle auf Seite 3 zeigt, erfüllen die Sparkassen und Volksbanken (Kreditgenossenschaften) unsere Forderung nach einer ungewichteten Eigenkapitalquote von 6% in der Regel bereits heute. Die Sparkassen und Volksbanken sind zudem derzeit hoch profitabel, aufgrund der niedrig verzinsten Kundeneinlagen und der noch hohen Zinsen auf ihren Bestand langfristiger Immobilienkredite. Im Jahr 2011 lag der Jahresüberschuss nach Steuern der Sparkassen insgesamt bei 14 Mrd. Euro, was einer Eigenkapitalrendite von 23% entspricht. Sollten derart hohe Gewinne anhalten, könnten die Sparkassen in nur etwa sechs Jahren sogar unsere langfristig anvisierte Eigenkapitalquote von 10% erreichen, selbst wenn sie nur die Hälfte des Nachsteuergewinns einbehalten. Die Großbanken müssten sich hingegen anstrengen, um bis zum Jahr 2020 eine Eigenkapitalquote von 6% zu erreichen. Dies verdeutlicht die folgende Modellrechnung.

In Mrd. Euro	Jahresüberschuss nach Steuern in 2011	Bilanzsumme in 2011	Bilanzielles Eigenkapital in 2011	Eigenkapitalquote in 2011	Zielwert für EK-Quote	Kapitallücke	Erwartete EK-Rendite (Basis 2011)	Erwarteter Jahresüberschuss nach Steuern	Einbehaltener Jahresüberschuss (50%)	Jahre zum Erreichen des Zielwertes
	A	B	C	D=C/B	E	F=B(E-D)	G	H=B-G	I	J=I/F
Alle Bankengruppen	24	8.969	365	4,1%	6%	-174	10%	36	18	10
Kreditbanken	1	3.826	123	3,2%	6%	-108	10%	12	6	18
Großbanken	-1	3.010	78	2,6%	6%	-102	10%	8	4	26
Regionalbanken	1	779	41	5,3%	6%	-5	10%	4	2	3
Zweigstellen ausl. Banken	0	37	3	7,7%	6%	0	10%	0	0	0
Landesbanken	-1	1.505	60	4,0%	6%	-30	10%	6	3	10
Sparkassen	14	1.079	61	5,7%	6%	-3	10%	6	3	0
Genoss. Zentralbanken	1	276	12	4,3%	6%	-5	10%	1	1	8
Kreditgenossenschaften	5	711	43	6,0%	6%	0	10%	4	2	0
Realkreditinstitute	0	645	18	2,8%	6%	-21	10%	2	1	23
Banken mit Sonderaufgaben	3	927	48	5,2%	6%	-7	10%	5	2	3

Quelle: Modellrechnung von Christian Kopf auf Grundlage von Daten der Bundesbank.

Anmerkung: die erwartete Eigenkapitalrendite auf Basis 2011 dient lediglich als Anhaltspunkt für den erwarteten Jahresüberschuss. Mit steigender Eigenkapitalquote sollte die Eigenkapitalrendite abfallen.

Die Großbanken verfügen derzeit über Eigenkapital von 78 Mrd. Euro, was 2,6% ihrer Aktiva entspricht. Bei unveränderter Bilanzsumme müssten sie ihr Eigenkapital um 102 Mrd. Euro erhöhen, um eine Eigenkapitalquote von 6% zu erzielen. Selbst wenn die Großbanken in den kommenden Jahren im Schnitt etwa 8 Mrd. Euro Nachsteuergewinn erzielen (was derzeit einer Eigenkapitalrendite von 10% entsprechen würde) und keinerlei Dividenden ausschütten, würde es 13

Jahre dauern, bis sie eine Eigenkapitalquote von 6% erreichen. Wenn die Großbanken die Hälfte ihrer Gewinne als Dividende an Aktionäre ausschütten, würde es bei unveränderter Bilanzsumme sogar 26 Jahre dauern, bis sie aus eigener Kraft eine Eigenkapitalquote von 6% erreichen.

Die Modellrechnung zeigt, dass deutsche Großbanken bis zum Jahr 2020 eine Eigenkapitalquote von 6% ihrer Aktiva wahrscheinlich nicht allein durch das Einbehalten von Gewinnen erzielen können. Banken können jedoch bspw. die Bonuszahlungen an Mitarbeiter kürzen. So zahlte die Deutsche Bank ihren Mitarbeitern im vergangenen Jahr 3,2 Mrd. Euro Boni bei einem Unternehmensgewinn von lediglich 291 Mio. Euro. Weiterhin können Banken Kapitalerhöhungen über den Markt vornehmen. Teilweise werden Großbanken auch ihre Aktiva reduzieren können, ohne dass dadurch negative Auswirkungen auf die Realwirtschaft eintreten müssen.

Kann die Zufuhr von Eigenkapital über den Markt gelingen?

Die Ausgabe neuer Aktien wird von Bankenlobbyisten oft als unmöglich dargestellt, weil Eigenkapital angeblich zu teuer sei. Eigenkapital ist jedoch allenfalls dann überteuert, wenn eine Bank zu stark verschuldet ist und Kapitalgeber ihr nicht mehr trauen. Dies ist derzeit bei vielen Großbanken der Fall, deren Aktien an der Börse mit einem hohen Abschlag vom Buchwert handeln. Eine höhere Eigenkapitalquote ist hingegen oftmals Indiz für die Vertrauenswürdigkeit eines Instituts.

Am 29. April 2013 erhöhte die Deutsche Bank ihr Eigenkapital um 3 Mrd. Euro, durch die Ausgabe von 10% neuer Aktien. Wenn dieses Eigenkapital wirklich zu teuer wäre, hätte durch die Kapitalerhöhung der Aktienkurs der Bank einbrechen müssen. Das Gegenteil war der Fall: Die Börse feierte die Kapitalerhöhung mit einem Kurssprung von über 7%. Dieses Beispiel zeigt, dass entgegen der Vorhersagen vieler Lobbyisten Kapitalerhöhungen von Banken über den Markt gelingen können.

Es stimmt jedoch, dass Eigenkapital für Banken oftmals deutlich teurer ist als die Fremdkapitalfinanzierung. Dies liegt auch an der staatlichen Subventionierung von Fremdkapital: durch die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Zinsen, durch die Ausgestaltung der Abgeltungssteuer und vor allem durch implizite Garantien für die Verbindlichkeiten von Banken, die als „too-big-to-fail“ gelten. Hier besteht ebenfalls Handlungsbedarf.

Schadet eine Erhöhung der Eigenkapitalquote der Realwirtschaft?

Lobbyisten behaupten oft, dass höhere Eigenkapitalanforderungen zu einer Kreditklemme führen würden, weil die Banken zum Erreichen einer höheren Kapitalquote eher den Nenner (also ihre Aktiva) reduzieren würden als den Zähler (das Eigenkapital) zu erhöhen. Untersuchungen der Bundesbank und des Internationalen Währungsfonds bestätigen tatsächlich, dass deutsche Banken ihre Eigenkapitalquote derzeit vorrangig durch den Abbau risikotragender Aktiva erhöhen, zu denen auch Kredite gehören. Allerdings sind private Großbanken, die von einer Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen vorrangig betroffen wären, nur noch in vergleichsweise geringem Maße im Kreditgeschäft aktiv. Die Forderungen aus dem Kreditgeschäft betragen bspw. bei der Deutschen Bank nur noch 20% ihrer Bilanzsumme. Die Aktiva dieser Bank bestehen zum überwiegenden Teil aus kurzfristig handelbaren Wertpapieren und Derivaten, die abgebaut werden können, ohne die Kreditversorgung der Realwirtschaft zu gefährden. Das Gleiche gilt auch für andere Großbanken. Die Wirtschaftswoche Claudia Buch etwa findet in einer detaillierten Analyse über die letzten 60 Jahre hinweg keinen negativen Zusammenhang zwischen Eigenkapitalausstattung

und Kreditvergabe ([Buch und Prieto, 2012](#)), sondern sogar tendenziell einen positiven Zusammenhang zwischen hoher Eigenkapitalquote und hoher Kreditvergabe an die Realwirtschaft. Dennoch sollte in der Umsetzung unserer Forderung der Gefahr einer Kreditklemme zusätzlich dadurch begegnet werden, dass die betroffenen Institute angehalten werden, die neuen Eigenkapitalanforderungen vorrangig durch die Anhebung ihres Eigenkapitals und nicht durch die Reduzierung von Aktiva umzusetzen. Wenn Banken das erforderliche Eigenkapital nicht durch Gewinnrückstellungen oder die Aufnahme neuen Eigenmittels über den Markt aufbringen können, sollte der Staat das Eigenkapital zuführen.

Werden höhere Eigenkapitalquoten Banken Krisen in Zukunft vermeiden?

Eine Analyse der britischen Independent Commission on Banking legt nahe, dass etwa 95% der in den vergangenen Jahren gescheiterten Banken bei einer Eigenkapitalquote von ca. 10% überlebt hätten ([Vickers-Bericht](#), Seite 112). Bei den deutschen Großbanken reichen heute immer noch Verluste von lediglich 3% der Bilanzsumme, um die Institute in den Konkurs zu schicken.

Allerdings sind höhere Eigenmittelanforderungen kein Allheilmittel. Der Berliner VWL-Professor Sebastian Dullien hat in einer Studie gezeigt, dass es in der Nachkriegszeit über Jahrzehnte keine Banken Krisen gab, obwohl Eigenkapitalquoten sehr niedrig waren, während das 19. Jahrhundert trotz Eigenkapitalquoten von deutlich mehr als 20% von regelmäßigen Banken Krisen geprägt war ([hier verfügbar](#)). Höhere Eigenkapitalquoten sind daher nur ein Element in einer wirksamen Finanzmarktregulierung, neben besserer Transparenz, schlagkräftiger staatlicher Intervention und einer stärkeren Orientierung an den Bedürfnissen der Realwirtschaft. Höhere Eigenkapitalanforderungen können zudem auch einen Wandel der Geschäftspolitik von Banken begünstigen.

Was wird sich durch höhere Eigenkapitalanforderungen ändern?

Die derzeitige Regulierung von Banken über risikogewichtete Eigenkapitalanforderungen führt dazu, dass Banken systematisch nach Anlagemöglichkeiten mit geringen Risikogewichten suchen, um so ihre Eigenkapitalrentabilität zu erhöhen. Banken müssen ihre Investitionen in griechische Staatsanleihen oder in komplizierte Finanzkonstrukte mit AAA-Rating oftmals überhaupt nicht mit Eigenkapital unterlegen, da diesen Instrumenten von der Aufsicht ein Risikogewicht von 0% zugewiesen wird. Gleichzeitig müssen Banken für einen Kredit an den Biolen um die Ecke oder an den Mittelständler vor Ort 8% Eigenkapital vorhalten. Da die Refinanzierung solcher Kredite zudem schwieriger und teurer ist als die Refinanzierung von Staatsanleihen führt das gegenwärtige System der Regulierung dazu, dass Banken eher in dubiose Staatsanleihen oder in dubiose Verbriefungen US-amerikanischer Schrottimmobilen investieren, als dass sie die Realwirtschaft vor Ort mit Krediten unterstützen. Die starke Betonung von externen Ratings in der Bemessung von Eigenkapitalanforderungen führt zudem dazu, dass Banken die Kreditqualität nicht mehr aufgrund eigener Urteilskraft bewerten. So geht institutionelle Kompetenz verloren und so entstehen Anreize zur Manipulation von Ratings. Schließlich ist das derzeitige System der Risikogewichtung, die sogenannten Basel III-Richtlinie, mittlerweile derart kompliziert, dass die Aufsicht die Bankenrisiken nicht mehr effektiv abschätzen kann.

Dem setzen wir eine einfache und robuste Regel entgegen: Europäische Banken sollen bis 2017 auf alle Aktiva 3% Eigenkapital vorhalten, bis 2020 dann 6% und langfristig 10% – egal ob es der Kredit an ein Unternehmen/Gründer ist, ein komplexes Finanzprodukt (wie die AAA-Tranche eines CDOs o.ä.) oder eine Staatsanleihe ist. Die Folge wird sein, dass der Anreiz zur Fabrikation komplexer Finanzinnovationen rapide sinkt. Auch die Spekulation mit fremdfinanzierten

Wertpapieren, die derzeit die Bilanzen der Großbanken aufbläht, wird deutlich zurückgehen. Stattdessen wird die Kreditvergabe an Unternehmen, die das gegenwärtige System der Bankenregulierung durch vergleichsweise hohe Eigenkapitalanforderungen benachteiligt, wieder in den Vordergrund rücken. Diese Regulierung bestärkt Banken in ihrer Aufgabe als Dienstleister der Realwirtschaft.

**Methodische Anmerkung:
Welche Eigenkapitaldefinition verwenden wir in diesem Hintergrundpapier?**

Wir berechnen die ungewichteten Eigenkapitalquoten hier als Quotient aus bilanziellem Eigenkapital und Bilanzsumme und folgen damit der Definition der Bundesbank. Die „Leverage Ratio“ im Basel III Regelwerk, welche einer ungewichteten Eigenkapitalquote entspricht, wird hingegen nicht allein auf Basis der Bilanzsumme gerechnet: außerbilanzielle Positionen werden mit unterschiedlichen Konversionsfaktoren gewichtet und hinzugerechnet, während Derivate zum Teil saldiert werden. Weiterhin nimmt Basel III bei der Berechnung des aufsichtsrechtlichen Kapitals Anpassungen vom bilanziellen Eigenkapital vor. Wir wenden uns nicht gegen diese Anpassungen, sondern operieren mit den Bundesbankzahlen, da es keine öffentlich zugänglichen Daten zur Basel III Leverage Ratio gibt.

Literaturangaben

BAG Wirtschaft und Finanzen: Die Finanzmärkte in die Schranken weisen! Grüne Forderungen zur Reform des Finanzsystems. Beschluss der Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft & Finanzen, Bündnis 90/Die Grünen, Verabschiedet am 2. Februar 2013 in Berlin, http://gruene-bag-wifi.de/uploads/media/Finanzmarktpapier_BAG-WiFi_final_Beschluss_Feb2013.pdf

Bündnis 90/Die Grünen: Bundestagswahlprogramm 2013, Kapitel C: Anders Wirtschaften, http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BDK_2013/Beschluesse/C_Anders_Wirtschaften.pdf

Anat Admati und Martin Hellwig: The Bankers' New Clothes. What's Wrong with Banking and What to Do about It, Princeton University Press, 2013

Claudia Buch und Esteban Prieto: Do Better Capitalized Banks Lend Less? Long-Run Panel Evidence from Germany, Universität Tübingen, Working Papers in Economics and Finance, Nr. 37, http://tobias-lib.uni-tuebingen.de/volltexte/2012/6253/pdf/WPEF37Buch_Prieto.pdf

Deutsche Bundesbank: Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2011, Monatsbericht September 2012, S. 13-47, http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichtsauftage/2012/2012_09_ertragslage_kreditinstitute.pdf?__blob=publicationFile

Sebastian Dullien: Finanzmarktreformen seit 2009: Ist mehr Haftung alleine die Lösung?, IMK Konjunkturforum, Berlin, 21. 3. 2013, http://www.boeckler.de/pdf/v_2013_21_03_dullien.pdf

Final Report of the High-level Expert Group on reforming the structure of the EU banking sector (**Liikanen-Bericht**), Brüssel, 2012
http://ec.europa.eu/internal_market/bank/docs/high-level_expert_group/report_en.pdf

Final Report of the Independent Commission on Banking (**Vickers-Bericht**), London, September 2011, <http://www.hm-treasury.gov.uk/d/ICB-Final-Report.pdf>